

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 6

Buchbesprechung: Blick in die Zeitschriften

Autor: Fabian, Walter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

täglich Meldungen über die Verluste der «Rebellen», die von den erbitterten Kämpfen in Algerien zeugen.

Die Vereinten Nationen können diesen Krieg nicht länger als eine innere Angelegenheit Frankreichs behandeln. Es ist ihre Pflicht, zu intervenieren und zu vermitteln, damit dieser Krieg ein Ende nimmt und ein Friedenszustand auf der Grundlage von Freiheit und Gerechtigkeit hergestellt wird.

In *Libanon* haben die Anhänger Nassers den Versuch unternommen, die Regierung mit Gewalt zu stürzen und Libanon in das Sowjettandem Ägypten-Syrien einzugliedern. Diese Antwort Moskaus auf den Staatsstreich in Jordanien scheiterte. Die Wahlen finden statt wie vorgesehen, und die Regierung wird voraussichtlich eine Parlamentsmehrheit erhalten. JHD

Blick in die Zeitschriften

Die Erklärung der 18 deutschen Atomforscher und die Botschaft Albert Schweitzers werden zweifellos noch auf Monate hinaus ein starkes Echo in der Zeitschriftenpresse auslösen. Schon liegt von kirchlicher Seite ein starkes Sonderheft (9/10) der protestantischen Monatshefte *«Junge Kirche»* (Dortmund) vor, indem alle bisher veröffentlichten Dokumente (Göttinger Erklärung, Appell des Papstes, Botschaft Albert Schweitzers usw.) und eine Reihe kirchlicher Stellungnahmen im Wortlaut wiedergegeben sind, so daß man hier eine gute Dokumentation zur Verfügung hat; auch Adenauers Gespräch mit den Atomphysikern wird eingehend referiert. Dazu bringt das Heft weitere Dokumente aus England und Japan zur Atomfrage und zwei wichtige Aufsätze: «Mißdeutete und mißbrauchte Wissenschaft» von Dr. Fritz Katz und «Der Auftrag der Kirche in der atombedrohten Welt» von Heinrich Grüber.

Auch die *«Stimme der Gemeinde»* (Darmstadt) widmet ihr Heft 9 der Erklärung der 18; Mitarbeiter dieser Nummer sind der Nobelpreisträger Prof. Max Born, der Theologe Prof. Karl Barth und Dr. Gustav W. Heinemann, der bekanntlich jetzt der deutschen Sozialdemokratie beigetreten ist.

Die in München erscheinende *«Deutsche Studenten-Zeitung»* (Nr. 4/5) ist in der Lage, einen wichtigen Beitrag des Atomforschers Prof. Carl Friedrich von Weizsäcker über «Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter» zu veröffentlichen, aus dem wir wenigstens einige Sätze zitieren wollen:

«Einleitend sagte ich, das Atom sei für unser Zeitalter symbolisch. Wir haben nicht die Aufgabe, es aus unserer Welt wieder zu verbannen; das wäre unmöglich. Wir haben an ihm zu lernen, was wir überhaupt ändern müssen, sonst überfällt uns dieselbe Gefahr binnen kurzem in verwandelter Gestalt. Nur die Atomwaffen abschaffen zu wollen, um im übrigen wieder Krieg führen zu können wie bisher, das wäre so, als wollte man morgens den Wecker zum Fenster hinauswerfen, damit man nicht aufwachen muß... Der politisch-militärische Plan, um unsere Freiheit zu schützen, entfaltet in den großen Atomwaffen eine Eigenmächtigkeit, die den Menschen zu vernichten droht. Der Mensch muß die Distanz zu diesem Apparat gewinnen; das heißt hier, er muß auf seine Anwendung verzichten. Das scheint ganz leicht, ist aber sehr schwer. Es verlangt, den ganzen Plan zu ändern. Die äußerste Anstrengung des Menschlichen im Menschen ist nötig, um uns zu diesem Entschluß zu bringen. Noch ist ungewiß, ob es gelingen wird.»

Eine der interessantesten Konsequenzen der heftigen Reaktion Adenauers auf die Erklärung der Göttinger Achtzehn ist ein Appell «Für einen deutschen Wissenschaftsrat» an der Spitze des Mai-Heftes der Zeitschrift *«Außenpolitik»* (Stuttgart). Wir zitieren aus diesem von Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz verfaßten Aufsatz folgendes:

«Die achtzehn Atomphysiker, die gemeinsam gegen eine atomare Bewaffnung der Bundesrepublik auftraten, haben Geschichte gemacht. Die Wissenschaft als autonomer Bereich des öffentlichen Lebens ist hier zum erstenmal mit ihrem ganzen Gewicht fühlbar geworden. Politik, Wirtschaft und Militär als die sozusagen klassischen Partner im politischen Leben haben längst Anerkennung gefunden. Sie besitzen einen angemessenen und vielleicht sogar mitunter mehr als angemessenen Rang in der Hierarchie des staatlich-politischen Gemeinwesens. Nicht aber die Wissenschaft. Sie soll ‚unpolitisch‘ lediglich der ‚reinen‘ Forschung und Lehre dienen. In der bisherigen Epoche der Geschichte war diese Trennung sinnvoll. Im Atomzeitalter ist sie sinnwidrig. In diesem atomaren Zeitalter ist die Wissenschaft nicht mehr Diener und Instrument, sondern sie kann Herr und Schicksal werden. Nicht mehr allein das Mittel, politische Entscheidungen herbeizuführen, sondern auch das Mittel zur Vernichtung von allem, zugleich also das Instrument zur Selbstvernichtung, verläßt sie die stille Studierstube und Institute der Gelehrten. Insofern irren jene, die heute noch den Mann der Wissenschaft als Diener des Mannes der Politik ansehen. In einer unheimlich-geheimnisvollen Weise ist der Diener zum Herrn geworden.

Es ist demgemäß nicht mehr ausschließliche Aufgabe des Wissenschaftlers, sich beim Politiker Rat zu holen, ehe er zu Dingen des Staates und der Allgemeinheit spricht. Es ist vielmehr Sache des Politikers, sich zugleich auch Rat beim Mann der Wissenschaft zu holen, ehe er zu Dingen des Staates und der Politik Stellung nimmt.

Nun besteht in diesem Stadium des Übergangs die greifbare Gefahr, daß die Politik versuchen könnte, das Bild zu verschleiern und damit nicht nur das Volk, sondern sich selbst zu täuschen. Man kann sich vorstellen, daß unbequeme Meinungen der Wissenschaft einfach beiseite geschoben, durch politische Propaganda überdeckt und damit unwirksam gemacht werden. Man kann sich vorstellen, daß die Politik solche Propaganda gegen wissenschaftliche Erkenntnisse und Tatsachen am Ende selbst noch glaubt; es wäre ja nicht das erste Mal, daß Politiker zum Opfer ihrer eigenen Propaganda geworden wären.

In dieser krisenhaften Zeit muß ein Platz für die Wissenschaft gefunden werden, der ihre Mitwirkung an Entscheidungen von Politik und Staat sichert. Es bedarf einer Institution, die für Volk und Staat die Gewähr bietet, daß die Meinung der Wissenschaft bei jeder staatlich-politischen Entscheidung zur Verfügung steht. Für die gebührende Mitwirkung der Wissenschaft benötigt der moderne Staat einen Wissenschaftsrat, der unabhängige Urteile und Meinungen zu allen einschlägigen Fragen abgeben könnte.»

*

Über die Lage der Angestellten in den Vereinigten Staaten veröffentlichten die *«Internationalen Freigewerkschaftlichen Nachrichten»* (Nr. 5) einen interessanten Bericht aus der Feder des Direktors der Forschungsabteilung der AFL-CIO, Stanley H. Ruttenberg. Der Sammelbegriff Angestellte bezieht sich in den USA auf etwa 18 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger, die nicht zum Aufsichtspersonal gehören und entweder als Bürokräfte, als Verkäufer oder auch als Angehörige der freien und akademischen Berufe im Angestelltenverhältnis beschäftigt sind. Danach ist jeder dritte amerikanische Lohn- und Gehaltsempfänger Angestellter, wobei die Aufsicht führenden Arbeitskräfte, die Landarbeiter und die Hausangestellten nicht mitgerechnet sind. In den Fabriken hat sich das Größenverhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten so

verschoben, daß jetzt die Zahl der Angestellten unter den amerikanischen Erwerbstätigen größer ist als die Zahl der Handarbeiter!

Wie steht es nun mit der Lohnentwicklung bei den Angestellten? «Wo Angestellte starken Gewerkschaften angehören, sind ihre Arbeitsverdienste im selben Verhältnis, wenn nicht sogar mehr gestiegen, als die Löhne der organisierten Arbeiter.» Das gilt zum Beispiel im Zeitungswesen, für Telephonisten, Postangestellte, organisierte Verkäufer und beim Theater.

«Aber nicht alle Angestellten haben das Lohnniveau der organisierten Gruppen erreicht, und infolgedessen ist eine tiefe Kluft zwischen den Lohnerhöhungen der Handarbeiter und denen der Angestellten entstanden. Die Angestellten haben zwar behalten, was sie vor 30 Jahren besaßen und noch einiges hinzugewonnen, aber dennoch haben sie mit den Fortschritten der Handarbeiter keineswegs Schritt gehalten; umfassende Organisation und Tarifabkommen brachten für die Handarbeiter das Durchschnittseinkommen, die Durchschnittspension und die sogenannten Randleistungen (Feiertag, bezahlter Urlaub usw.) zum Teil auf die Ebene der durchschnittlichen Angestelltenbezüge und zum Teil noch darüber hinaus. Bis 1944 waren die Wochenverdienste aller Büroangestellten höher als die der Handarbeiter. Aber 1956 war in Amerika der wöchentliche Durchschnittsverdienst der Angestellten etwa 20 Dollar niedriger als der Wochenlohn qualifizierter Fabrikarbeiter. Der Unterschied ist hauptsächlich auf ein höheres Maß gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zurückzuführen. Wo sich aber Angestellte gewerkschaftlich organisiert haben, sehen die Zahlen anders aus»; solche Angestellte verdienen ebensoviel oder etwas mehr wie die Handarbeiter in den gleichen Industrien. In Stahlwerken und Autofabriken sind die Angestellten mit den Handarbeitern zusammen in Industriegewerkschaften organisiert, und ihre Gehälter steigen im gleichen Verhältnis wie die Arbeiterlöhne. «Die ständige Zunahme der Angestelltenschaft zeigt deutlich, daß sich die Angestellten mehr und mehr für die gewerkschaftliche Organisation entscheiden müssen, wenn sie mit den Errungenschaften der anderen Arbeitnehmer Schritt halten wollen.»

Das Maiheft der *«Revue internationale du travail»* veröffentlicht eine reich dokumentierte Übersicht über die in den letzten drei Jahren verwirklichte Verkürzung der Arbeitszeit in den europäischen Ländern. Diese Studie ist deshalb wichtig, weil sie sich auf das dem Internationalen Arbeitsamt zur Verfügung stehende Material aus *vielen* Ländern und *vielen* Erwerbszweigen bezieht und auch die *verschiedenen Formen* der Arbeitszeitverkürzung berücksichtigt. In den zusammenfassenden Schlußfolgerungen stellt die Untersuchung unter anderem fest, daß eine *allgemeine* Tendenz zur schrittweisen Verkürzung der Arbeitszeit herrsche und daß alle bisher erreichten Arbeitszeitverkürzungen in Europa keinerlei Verminderung des Einkommens der Arbeiter mit sich gebracht haben: «Diese Feststellung gibt der Verkürzung der Arbeitszeit in Europa ihre ganze wirtschaftliche und soziale Tragweite.»

Walter Fabian

Literatur

Hans Bachmann: *«Europäische Standortbestimmung in Politik und Wirtschaft.»* Mit einem Vorwort von Robert Schumann. Polygraphischer Verlag, Zürich 1955. 185 S.
«Die großen zwischenstaatlichen Wirtschaftsorganisationen.» Acht Vorträge, gehalten an der Handelshochschule St. Gallen. Polygraphischer Verlag, Zürich 1955. 176 S.
Dr. E. Heuß: *«Wirtschaftssysteme und internationaler Handel.»* Band 11 der St.-Galler Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungen. Polygraphischer Verlag, Zürich 1956.
-wtr. Drei wertvolle Bücher der Handelshochschule St. Gallen aus dem Gebiete der Weltpolitik und Weltwirtschaft, die sich inhaltlich ergänzen und sachlich gut dokumen-